

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
je nach dem Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Gespräch: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 16. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Gespräch: Amt IV. Nr. 1984.

Die Hungersnot in Rußland.

Während Gubernements des europäischen Rußlands sind wiederum
von Hungernde befallen. Die wirtschaftlich erschöpfte Bevölkerung ist
von einer neuen Hungersnot bedroht. Düstere, unheilverfühlende
Nachrichten laufen aus den verschiedensten Gegenden des Landes ein.

Ihrer alten Gewohnheit treu, bezieht sich die Regierung
durchaus nicht, die erforderlichen Abwehrmaßnahmen in Angriff zu
nehmen; im Gegenteil hat es den Anschein, als gingen ihre Maß-
regeln darauf hinaus, das Uebel noch zu verschlimmern. Auch in
diesem Jahre, wie in den früheren, ist sie hauptsächlich bestrebt,

haben wir bei Mähernten den Hungernden meist, wenn auch recht
knapp, das Leben gesichert; von nun an wollen wir aber diese
Fütterungen gänzlich einstellen, denn damit steigern wir die Leistungsfähigkeit
der Bauern ganz beträchtlich (und verhelfen den Gutsbesitzern
zu billiger Arbeitskraft!)

Um auch dem Ministerium Gerechtigkeit widerfahren zu lassen,
soll bemerkt werden, daß es mit der Möglichkeit rechnet, den Bauern
notigenfalls unter die Arme greifen zu müssen, was denn auch wahr-
scheinlich geschehen wird. Zu diesem Zweck verfügt es über 6 Mill.
Rubel. Indes sind 6 Millionen Rubel eine viel zu geringe Summe,

Die Stellung der Gemeindebehörden und sonstigen Organe der
Selbstverwaltung läßt auch nicht viel für die Bauern erhoffen. Die
städtischen Magistrats, deren erdrückende Majorität aus Vertretern
der wohlhabenden Bürgerschaft besteht, haben sich um die Not der
Landbevölkerung nie bekümmert. Aber auch von den meisten Semstwo-

Die Wurzeln der diesjährigen wie auch aller vorhergegangenen
Hungersnöte in Rußland liegen tief in dem Boden der allgemeinen
sozialen und politischen Mißstände des Landes. Mähernten und die
jedesmal durch sie erzeugten unausbleiblichen Hungersnöte, wie sie
keiner der modernen Kulturstaaten kennt, sind in Rußland eine ganz
gewöhnliche Erscheinung geworden. Im Laufe der vierzig, seit der
Aufhebung der Leibeigenschaft verstrichenen Jahre 1861-1900 haben

Um die russische Bauernschaft vor Unterernährung und Hunger
zu schützen, muß eine radikale Umwälzung stattfinden. Die erste
Aufgabe wäre eine Erweiterung des bäuerlichen Landbesitzes; damit
müßte eine Reform des Finanzsystems im Sinne einer Entlastung
der Bauernschaft vom größten Teile der bisherigen un-
glaublich geschraubten Steuern und Abgaben Hand in Hand gehen.

Ist es da noch ein Wunder, daß in dem elenden unglücklichen
Lande die Cholera reichende Fortschritte macht und die unzuläng-
lichen Maßnahmen der verrotteten Bürokratie ihrem Siegeslauf
kein Hindernis mehr bereiten können?

Die Nürnberger Tagung.

Zweiter Tag.
Nürnberg, 15. September.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)
Der Parteitag führte heute früh die Debatte über den Vor-
landsbericht zu Ende. Eine längere Auseinandersetzung
entpinn sich über die vom Parteivorstande vorgelegte Resolution
die die Grundzüge der Eingliederung der Frauen in die
Parteiorganisation enthält. Von verschiedenen Rednern,

Die Genossen Ebert und Gerich konnten sich, da
gegen ihre Darlegungen keinerlei Einwendungen erhoben werden,
im Schlusswort kurz fassen. Dagegen sah sich Genosse Schulz
veranlaßt, sich in programmatisch ausgeprägten Ausführungen gegen
Eisner zu wenden. Eisners Behauptung, die von ihm verteidigte
Methode Maurenbrochers decke sich mit der Empfehlung der Genossin
Lugenburg, an der Parteischule noch mehr Beachtung, namentlich
Parteilichkeit zu treiben, sei unrichtig. Maurenbrocher habe ein
unmethodisches Gesichtsfeld verlangt, zum Beispiel Bio-

Sichhorn erstattete über den Bericht der Reichs-
tagaktion. Man habe vielfach die Dauerhaftigkeit der
Blockpolitik unterschätzt. Der Liberalismus hat aber einen solchen
Grad der Korruption und liberaler Entschlossenheit betwiesen,
daß er auch die reaktionärste Finanzreform schluden wird. Der
Freisinn hält eben um jeden Preis am Block fest wegen
des Scheinrechts, als Regierungspartei, als mißbestimmender
Faktor Zugeständnisse für den Liberalismus durchsetzen
zu können. Wir alle wissen, wie sehr dabei alle
liberalen Grundsätze unter die Räder gekommen sind.

Nach kurzer Debatte konnte auch dieser Punkt der Tagesordnung
erledigt werden. Am Nachmittag folgt als vorweggenommener Punkt
die Raifeier. Die Budgetdebatte beginnt erst Mittwoch früh.

Die Raifeier.
Nürnberg, 15. September, 7.15 nachm.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)
Die vier Stunden der heutigen Nachmittagsitzung
füllte die Raifeierdebatte völlig aus. Ein leidenschaftlicher Kampf
war über die Vereinbarung entbrannt, die der Parteivorstand mit
der Generalkommission getroffen hatte, und die nunmehr durch
Parteitagsbeschluss zu sanktionieren war. Die Verhandlungen des
Parteitages waren ein lautes Echo jener Auseinandersetzungen, die
die Vereinbarung bereits in der Presse, in Versammlungen und
auf Provinzialparteitagen erregt hatte. Den Stimm des Anstoßes
bildete die Unterstützungsfrage der Ausgesperrten. Man bekämpfte
diese Abmachung von zwei Gesichtspunkten aus. Einmal aus der
Auffassung heraus, daß das Abhängigmachen der Raifeier von der
Unterstützungsfrage die Energie der Arbeiter lähmen müsse. Diesen
Standpunkt vertraten heute besonders scharf der Genosse Simon-
Nürnberg und Genossin Luxemburg. Zweitens deswegen, weil
man die Art der Unterstützung im Rahmen der lokalen Organisation
für unpraktisch und unmöglich erklärte, ein Standpunkt, den
namentlich Stube-Hamburg vertrat. Andere Redner begeich-
neten die Vereinbarung geradezu als einen Versuch, die Raifeier
abzuwürgen. Die Befürworter der Vereinbarung, Referent
Fischer und Robert Schmidt, verteidigten die Kontrahenten
Parteiorganisation und Generalkommission mit größter Vehementheit
gegen den Vorwurf, als bestes irgendwelche Absicht, der Raifeier
eine Schlinge um den Hals zu legen. Genosse Fischer erklärte
die Regelung der Unterstützungsfrage für dringend notwendig.
Man könne nicht gerade die tüchtigsten, opferwilligsten Genossen,
die sich der Gefahr der Maßregelung ausbehalten, weislos dem Unter-
nehmertum preisgeben. Durch solche Preisgabe gerade der Besten
werde der Idealismus nicht gestärkt. Die Parteikasse könne die
erforderliche Summen nicht aufbringen und auch den Gewerkschaften
könne nicht eine einseitige und von der Partei einseitig beschlossene
Unterstützung zugemutet werden. Nach Erörterung und Durch-
beratung aller erdenklichen Möglichkeiten sei man zu dem vor-
liegenden Vorschlag der ächtlichen Aufbringung der Mittel gelangt.
Robert Schmidt beteuerte gleichfalls, daß die Vereinbarung
keineswegs von der geheimen Hinterabsicht einer Vereitelung der
Arbeitsruhe am 1. Mai diktiert gewesen sei. So schön die Be-
geisterung sei und so richtig der Sach, daß mit der Anzahl der
Feiernden die Gefahr der Maßregelungen abnehme, so notwendig
sei es, mit den einmal gegebenen Verhältnissen zu rechnen und
sowohl für die Aufbringung von Mitteln, für die Opfer der Arbeits-
ruhe zu sorgen, als auch durch diese praktische Aufgabe das Be-

Der Parteitag in Nürnberg.

2. Verhandlungstag.

Nürnberg, 15. September.

Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß eine längere Erklärung des Genossen Raurenbrecher eingegangen ist...

Frauenorganisation.

Kunze beginnt die Diskussion über den gestern zurückgestellten Abschnitt des Geschäftsberichtes — über die Frauenorganisation.

v. Elm

Begründet seinen Antrag (127). Der Antrag des Parteivorstandes ist zu zwingend und trägt den praktischen Bedürfnissen der einzelnen Bezirke im Lande nicht genügend Rechnung...

Hoffmann-Berlin sieht den Antrag 23 zurück zugunsten des weitergehenden Antrages 17.

Lipinski-Leipzig:

Obwohl ich im Prinzip mit Elm übereinstimme, halte ich den Vorschlag des Parteivorstandes doch für praktischer. Er will aus dem alten Vereinsrecht in das neue hindurchleiten...

Frau Zieh-Hamburg:

Ich muß zunächst meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß nachdem die in Frage kommenden Körperschaften zusammengesetzt sind, um dem Parteitag einen Organisationsentwurf vorzulegen...

*) 127. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten. Politische Sonderorganisationen sind nicht gestattet...

Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen...

Zu der Leitung und Verwaltung in den sozialdemokratischen Vereinen und Kreisorganisationen sind, wenn möglich, Genossinnen heranzuziehen, ebenfalls zur Leitung der Gesamtpartei.

Den weiblichen Mitgliedern der Verwaltungen liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einzelnen und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen und Genossinnen zu betreiben.

A. v. Elm und 23 Genossen.

Recht verloren.“ Wir haben doch auch in unserem Organisationsstatut für die Gesamtpartei ausgesprochen, daß die Grundlage für die politische Organisation die Kreisorganisation ist...

Hoffmann-Hamburg:

Trotz der begeisterten Ausführungen der Genossin Zieh-bitte ich Sie, dem Antrage v. Elm ihre Zustimmung zu geben, und zwar einmal aus praktischen Gründen und zweitens, weil ja jetzt die gesetzlichen Scharaken gefallen sind...

Haberland-Barmen:

Im Gegensatz zum Vordredner bitte ich Sie, es bei dem Vorschlag des Parteivorstandes zu belassen. Auf die Frage der Delegation gehe ich nicht ein, diese Frage wird ja wohl bei der Aenderung des Organisationsstatuts überhaupt geregelt werden...

mindestens eine Genossin angehört. Wenn man fürchtet, daß keine befähigte Genossin vorhanden ist, so weise ich darauf hin, daß es wohl selten einen Vorstand geben wird, der nur aus befähigten Genossinnen besteht...

Der Antrag 24 wird zurückgezogen.

Schred-Vielefeld:

Was v. Elm gesagt hat, klingt ja bestechend. Er stellte sich rein auf den Boden des Prinzips der Gleichberechtigung, er sollte aber wissen, daß die Hauptsache ist, eine Abstufung möglichst schnell durchzuführen, und von diesem Standpunkt aus muß er das Abkommen zwischen dem Parteivorstand und den Frauen beurteilen...

Singer: Die Resolution des Frauentages hat eine Aenderung erfahren; sie lautet jetzt: „... muß es die Aufgabe der Genossinnen sein, ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit solche Mitglieder der Partei werden.“

Lipinski-Leipzig:

Wenn irgendeine Parteimaßnahme die Zustimmung der Masse hervorzuerufen und die Unklarheit gefördert hat, dann ist es der von den Frauen mit dem Parteivorstand vereinbarte Vorschlag. Ohne der politischen Organisation auch nur das mindeste zu sagen...

Siebert-Altona:

Im Interesse der Frauenagitation ist es notwendig, daß eine Frau im Vorstande ist. Elm sagt, Nichtgenossinnen können wir nicht gebrauchen. Nun, er kennt doch unsere Meinungen...

Frau Wadwin-Dresden:

Was in Sachsen möglich ist, sollte auch für die anderen Bundesstaaten notwendig werden. Die Resolution Elm ist für uns unannehmbar. Die strittigen Punkte in der Resolution des Vorstandes und der Berliner Genossinnen können vielleicht geändert werden...

von Elm:

Genossin Zieh war gütig genug, mir das formale Recht zuzugestehen, gegen die Beschlüsse der Frauenkonferenz einen Antrag einzubringen, ich sei aber eigentlich verpflichtet, meine für dieselben einzutreten. Wenn die Frauenkonferenzen sich in der Weise entwickeln, daß hier den Delegierten förmlich ein gebundenes Mandat erteilt wird...

Die Diskussion wird geschlossen.

Frau Zieh (persönlich):

Ich habe nicht erklärt, weil v. Elm an der Frauenkonferenz teilgenommen hat, hat er zwar das formale Recht, Anträge einzubringen, aber eigentlich dürfte er es nicht. Ich habe vielmehr erklärt: nachdem der Parteivorstand uns, den bisherigen Mitgliedern, den Genossinnen, selbst einen Organisationsentwurf vorgelegt hat, der auf der Frauenkonferenz auch bereits zur Diskussion gestanden hat, halte ich es für eigenmächtig, wenn er einen ganz neuen Organisationsentwurf einbringt...

Der Nürnberger Parteitag.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Richard Fischer - Berlin (fortfahrend):

Wir haben in einer ganzen Reihe von Sitzungen und somit beschäftigt, die Vorschläge auf eingehendste geprüft, der Generalkommission eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht und von ihr gemacht erhalten.

Stutbe-Hamburg:

Die Abmachungen waren ungewisslich unerkennlich. Einmal waren sie den Mitgliedern erst fünf Wochen vor dem ersten Mai zugegangen, so daß die Unterstützungsfrage unmöglich geregelt werden konnte.

Rosa Luxemburg:

Als der Mannheimer Parteitag die Frage der Zusammenarbeit der Partei mit den Gewerkschaften in ihrer ganzen Tragweite aufrollte und nach Mitteln und Wegen suchte, wie wir das im Interesse der beiden Zweige der Arbeiterbewegung unumgängliche Zusammenarbeiten erzielen könnten, gehörte ich zu denjenigen Genossen, die sich am wenigsten ein ersprießliches Zusammenwirken auf dem Wege versprochen, daß die obersten organisatorischen Spitzen beider Zweige der Arbeiterbewegung in dualistischer Weise miteinander verkehren und Vereinbarungen treffen, die dann für beide Zweige der Arbeiterbewegung maßgebend sein sollten.

zubeugen — das ist nicht die Unterstützung, sondern die mögliche Ausdehnung der Märfest. Nur da, wo die Zahl der Feiern eine so gewaltige ist, daß eine Maßregelung unmöglich ist, nur dann, wenn man die wirkliche Macht der Massenbewegung organisierten Kämpfers der Arbeiterschaft mit ihrer ganzen Wucht dem Unternehmertum gegenüberstellt, erst dann mag das Unternehmertum nicht, Maßregelungen gegen und vorzunehmen.

Uler-Kiel:

Ein deutscher Philosoph hat einmal gesagt: „Alles was ist, ist vernünftig.“ Nun kann u. a. der eine oder andere sagen, es wäre besser gewesen, feierzeitig die Märfest nicht zu beschließen, Da sie aber einmal besteht, werden wir sagen müssen: „Sie ist da, also ist sie vernünftig.“

In Stuttgart war es ganz gewiß die Absicht der Vertreter der Partei und der Gewerkschaften, eine glänzende Märfest zu sichern, als sie die Unterstützungsfrage anführten. Die Vereinbarung, daß Partei und Gewerkschaften zu gleichen Teilen mit den Kosten belastet würden, genügt, wenn man die Massenverhältnisse der Partei kennt, die doch gegenüber den Gewerkschaften der arme Mann ist, ganz allein, um die Märfest unmöglich zu machen.

Kloß-Magdeburg:

Die große Zahl der vorliegenden Anträge beweist, daß man brauchen im Lande mit der Form und Art der Märfest nicht mehr einverstanden ist. Ich stimme vollkommen mit Adler darin überein, daß der Vorstand vielleicht schon jetzt durchgreifende Änderungen treffen muß, wenn die Partei und die Gewerkschaften nicht Gefahr laufen wollen, daß die Märfest beseitigt wird.

Seeger-Leipzig:

Fischer fordert die Zustimmung zur Abmachung des Parteivorstandes und der Generalkommission, weil ersiens die Parteifasse zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht die Mittel habe und dann, weil die oberleitenden Arbeiter von der Arbeiterbewegung noch nicht versehen und man von ihnen deshalb einen solchen Beitrag verlangen könne.

Engler-Freiburg:

Wenn etwas die Ratlosigkeit gezeigt hat, so waren es die Ausführungen der meisten Redner von heute. Man kritisiert die Abmachung des Parteivorstandes, ohne etwas an die Stelle zu setzen. (Sehr gut.) Eine Märfest ohne Unterstützung ist abgewürgt. Darüber müssen wir uns klar sein.

